

Leitartikel

Europas Harmonie ist gestört

Ringen um die Stabilität des Euro

Von DETLEF DREWES
red.politik@mainpost.de



Die Erwartungen sind hoch: Nie wieder soll eine Krise Europa derart aus dem Tritt bringen, wie dies in den zurückliegenden Jahren geschehen ist. Der Brüsseler Doppelschlag, so gibt man sich überzeugt, kann dies verhindern.

Zum einen weil er Regierungen zur Haushaltsdisziplin zwingt. Zum anderen weil man nun für Notfälle einen rechtlich sauberen und dauerhaften Rettungsschirm parat hat.

Es geht also um zwei Seiten der gleichen Medaille, die nur zusammen funktionieren – und gerade deshalb noch lange nicht wirken können. Weite Teile der Union sind Welten von den angestrebten Zielen entfernt.

Griechenland, Irland, Spanien, ja sogar die Bundesrepublik entspricht den selbst gesteckten Anforderungen nicht, noch nicht.

Ob sich das wirklich ändert, steht in den Sternen. Europa setzt richtigerweise nicht mehr allein auf Haushaltsdisziplin, sondern – was gerne übersehen wird – darüber hinaus auf die Verbesserung jener Indikatoren, die man unter dem Stichwort „Wettbewerbsfähigkeit“ zusammenfasst.

Brüssels Macht und Einfluss gehen damit weit. Schon bei der ersten Durchsicht der künftigen Etats wird sich die Kommission auch in sensible Themen wie Lohnhöhen einmischen. Der Streit ist nicht zu Ende, er geht erst richtig los. Denn die bisherigen Erfahrungen zeigen: Sparen alleine bringt zwar gesunde Finanzen, aber nicht das notwendige Wachstum, das zur Sanierung der Etats ebenso nötig ist. Spätestens mit dieser Erkenntnis werden aus den 27 Freunden von

Brüssel auch Konkurrenten auf dem europäischen und Weltmarkt, die nur allzu gerne alles zu tun bereit sind, den eigenen Herstellern und Dienstleistern mit allen Mitteln unter die Arme zu greifen.

Der Trend zum Protektionismus, der eine Gemeinschaft wie die EU von innen auffrisst, ist ungebrochen. Daran ändern auch die hehren Versprechungen zur Solidarität nichts, die die neue Anti-Krisen-Architektur beinhaltet. Noch gründlicher als je zuvor wird deshalb die Kommission nicht nur auf korrekte Zahlen aus den Hauptstädten achten, sondern auch Signale für Abschottung in allen Bereichen aufspüren müssen.

Das klingt nach theoretischer Ordnungspolitik, hat aber sehr praktische und deshalb unangenehme Folgen. Auf dem Markt entstehen nämlich nicht nur Unternehmen, sie gehen auch zugrunde oder werden zerschlagen. Das Stichwort Hochtief gehört dazu. Und es sind nicht wenige Politiker, die solche Gelegenheiten nutzen, um falsche Versprechungen von einem Vater Staat zu machen, der da eingreifen könnte oder dürfte.

Der europäische Zusammenhalt steht in der Tat auf dem Spiel. Die Harmonie wird nicht nur durch deutsch-französische Alleingänge gestört, sondern auch durch das bei diesem Gipfel deutlich gewordene Zerreißen der EU in zwei Teile.

Während der harte Kern der Euromitglieder um die Zukunft dieser Zone rang, demonstrierten die strikten Eurogegner fast schon beschämend desinteressierte Langeweile.

Dabei müsste eigentlich allen klar sein: Der Euro geht alle an. Wenn er scheitern sollte, stürzen alle ab. Wenn er zu einem stabilen Faktor auf dem Weltmarkt entwickelt werden kann, profitiert jeder. Auch die Nicht-Euroländer.

Zitat des Tages



Barbara Stamm FOTO: N. SCHWARZOTT

„Dass ich jemals an einem Mikrofon stehe und mich für eine Frauenquote ausspreche, hätte ich mir nie träumen lassen.“

(Landtagspräsidentin Barbara Stamm beim CSU-Parteitag zum Antrag für eine Frauenquote in oberen Parteigremien ihrer Partei)

Impressum

MAIN-POST SCHWEINFURTER TAGBLATT
VOLKSBLATT VOLKSZEITUNG BOTE VOM HASSGAU
unabhängig überparteilich

Verlag, Druck: Mediengruppe Main-Post GmbH; Geschäftsführer: David Brandstätter
Chefredakteur: Michael Reinhard; Chefredaktion: Helmut Hinkel (Regionalredaktion Süd u. Chef v. Dienst), Andreas Kemper (Regionalredaktion Main-Rhön u. Chef v. Dienst), Peter Krones (Projektmanagement u. Ltg. neun7), Folker Quack (Überregionales u. Multimedia), Anton Sahlender (Qualitätsmanagement u. Leseranwalt). Weitere verantwortl. Redakteure: Werner Barthel (Sonderpublikationen), Wolfgang Keil (Kultur u. Journal), Ivo Knahn (Gestaltung), Achim Muth (Reporterchef), Roland Schmitt-Raiser (Multimedia), Günther Schwärzer (Sport), Joachim Staab (Ltg. Volksblatt, Überregionales Kunden), Michael Deppisch (Überregionales u. Wirtschaft), Martina Riederle (Überregionales u. Reise). Stellvertreter: Ralph Heingelshner (Kultur), Margit Klinger (CvD u. Ausbildung), Wolfgang Ottinger (Sonderpublikationen), Hans Strauß (Sport), Peter Weidner (Franken/Bayern). Korrespondenten: Werner Kollhoff, Stefan Vetter, Hagen Strauß (Berlin), Henry Stern (München), Detlef Drewes (Brüssel), Martin Fritz (Tokio), Gerd Höhler (Athen/Ankara), Birgit

Holzer (Paris), Gil Yaron (Tel Aviv), Julius Müller-Meininger (Rom), Frank Hollmann (Shanghai).
Gesamtleitung Media-Verkauf: Matthias Faller, Anzeigenleitung: Peter Kruse, Stv. Ingrid Hartmann. Für Anzeigen gelten unsere Allg. Geschäftsbedingungen und die Preisliste Nr. 59 v. 1. 1. 2010.
Vertriebsleitung: Holger Seeger, Zustellung: Main-ZustellService GmbH.
Gemeinsame Postanschrift: Berner Straße 2, 97084 Würzburg, Telefon (0931) 6001-0, E-Mail: service.center@mainpost.de, Fax (0931) 6001-420.
Bei Ausfall infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Erfüllungs- und Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende.
Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter mainpost.de. Erscheinungsweise werktags.

Wir sind der IWV angeschlossen, das bedeutet: geprüfte Auflagenangaben.



„Eine lukrative Investition“

Artenschutz

WWF-Präsident Detlev Drenckhahn über Juchtenkäfer und den Wert der Natur

Die Fragen stellte ALICE NATTER

Zwölf Tage haben Delegierte aus 193 Staaten im japanischen Nagoya bei der UN-Naturschutzkonferenz über die Finanzierung künftiger Artenschutzmaßnahmen verhandelt. Heraus kam ein Strategieplan, mit dem der Verlust der Artenvielfalt bis 2020 gestoppt werden soll. Welche Bedeutung hat die Vielfalt in der Natur? Fragen an den Würzburger Professor Detlev Drenckhahn, Präsident des WWF Deutschland.

FRAGE: Herr Professor Drenckhahn, wieso ist Vielfalt in der Natur so wichtig?

PROF. DETLEV DRENCKHAHN: Man muss sich klarmachen, dass Meere, Wälder, Flüsse, Gebirge, selbst Wüsten und die arktischen Polkappen auf jedem Quadrat- und Kubikmeter millionenfach von Lebewesen besiedelt sind. Diese stehen über alle Bereiche hinweg in vielfältigen Wechselbeziehungen miteinander. In ihrer Gesamtheit bildet diese Vielfalt des Lebens die hauchdünne Biosphäre und Sauerstoffschicht unseres Planeten. Ohne diese Biosphäre würde die Temperatur auf der Erde irgendwo zwischen minus 100 und plus 300 Grad liegen, wie auf den Nachbarplaneten Mars und Venus. Jegliches Leben wäre dann unmöglich. Deshalb muss die Vielfalt erhalten bleiben, damit das Leben auf unserem Planeten nicht in die Schiefelage gerät.

Man schätzt, dass es weltweit zehn bis 20 Millionen Arten von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Mikroorganismen gibt. Eine schier unglaubliche Menge.

DRENCKHAHN: Faszinierende Tiere und Pflanzen stellen für mich als Präsident des WWF Deutschland natürlich einen unglaublichen Schatz dar, den es zu bewahren gilt. So manchem Politiker mag das zu abstrakt sein, so manchen Finanzminister mag das allein nicht überzeugen, deshalb verweise ich auf die enormen Leistungen, die die Natur Jahr für Jahr erbringt. Fruchtbare Böden sind die Grundlage für die Landwirtschaft. Die Säuberung von Böden und Wasser durch Pflanzen und Mikroorganismen oder die Speicherung von Kohlendioxid durch Wälder und Ozeane, all das ist im Grunde unbezahlbar. Deshalb geht es beim Schutz der Artenvielfalt nicht nur um ethische Gesichtspunkte wie den Erhalt der Schöpfungsvielfalt, sondern letztlich auch um die Bewahrung der Lebensgrundlagen der Menschheit.

Beispiel Juchtenkäfer: Wieso ist Vielfalt auch bei uns in Deutschland wichtig?

DRENCKHAHN: Nicht bei jedem Käfer kann man den Nutzen für die Menschen in Cent und Euro berechnen. Der Juchtenkäfer – auch Eremit genannt – ist auf Totholz alter und sterbender Bäume angewiesen, in denen er sich entwickelt. Diese sind in den aufgeräumten Nutzwäldern aber weitgehend verschwunden. Wo der Juchtenkäfer vorkommt, finden Hunderte anderer Arten günstige Lebensbedingungen. Er ist also ein Zeiger für

wertvolle Baumbestände und Wälder – wie Teile des nördlichen Steigerwaldes, die deshalb unter Nationalparkschutz gestellt werden sollen. Je größer die Artenvielfalt, desto stabiler ist die Natur. Das wird jedem klar, wenn man anstelle des Käfers Nutzpflanzen nimmt: Wenn die Bandbreite von Sorten groß ist, ist auch die Chance größer, dass einzelne Sorten immun gegen neu auftretende Pflanzenkrankheiten und Schädlinge sind.

Welche Folgen hat der Verlust der biologischen Vielfalt heute schon?

DRENCKHAHN: Ein gutes Beispiel ist die Überfischung der Meere. In Kanada verloren vor etwa 20 Jahren 30 000 Fischer auf einen Schlag ihren Job, weil die Bestände des Dorsches auf der Neufundlandbank Anfang der 90er Jahre wegen Überfischung zusammengebrochen waren. Trotz Fangverbotes konnten sich die Dorschbestände nicht mehr regenerieren, weil kleine Fische die Überhand gewonnen hatten, die die Dorschbrut auffressen. Das zeigt, dass mit dem Raubbau an der Natur die Ernährungsgrundlagen vieler Millionen Menschen unwiederbringlich aufs Spiel gesetzt werden können.

Überfischung, Zerstörung des Regenwaldes, der Korallenriffe: Welche Schäden sind am schlimmsten? Was lässt sich nicht wieder reparieren?

DRENCKHAHN: Arten, die einmal ausgestorben sind, wird man nicht zurückholen können, und Lebensräume lassen sich nun einmal nicht beliebig vermehren oder klonen. Viele Tiere und Pflanzen werden bereits ausgestorben sein, bevor sie die Menschheit überhaupt entdeckt hat. Vielleicht sind darunter auch Arten, die Wirkstoffe gegen gefährliche Krankheiten wie Aids oder Krebs bereitstellen.

Tut Deutschland genug in Sachen Artenschutz?

DRENCKHAHN: Mit Sicherheit nicht. Deutschland und die EU sind mit dem Ziel angetreten, das Artensterben bis 2010 deutlich zu verringern. Es ist bei dem frommen Wunsch geblieben. Hier muss deutlich mehr passieren bei-

Prof. Detlev Drenckhahn

Der Mediziner ist Professor für Anatomie und Zellbiologie an der Uni Würzburg. Seit 2004 ist Drenckhahn ehrenamtlich Präsident des World Wide Fund For Nature (WWF) in Deutschland. 2009 wurde der 65-jährige passionierte Ornithologe und Botaniker mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



ONLINE-TIPP
Offizielle Website der Artenschutzkonferenz 2010:
www.mainpost.de/zeitgeschehen

spielsweise durch Einrichtung von mehr Schutzgebieten. Besonders dringend wäre auch eine radikale Änderung der Subvention der Landwirtschaft mit bevorzugter finanzieller Belohnung von solchen Landwirten, die weniger Pestizide und Stickstoffdünger einsetzen und andere Leistungen für die Natur erbringen.

Gibt es Beispiele, vielleicht aus Deutschland, für erfolgreichen Artenschutz?

DRENCKHAHN: Der Naturschutz in Deutschland hat viele Erfolgskapitel. Denken Sie an die Rückkehr der Luchse und neuerdings auch der Wölfe. Auch die Seeadler und Kraniche sind nicht zuletzt durch die Anstrengungen des WWF wieder im Aufwind. Der Elbebiber war bereits fast ausgestorben, er vermehrt sich inzwischen wieder prächtig. Darauf sind wir schon ein wenig stolz, aber es bleibt noch sehr viel zu tun.

Ist es sinnvoll, den wirtschaftlichen Wert der Natur zu berechnen – so wie jetzt in einer Studie im Auftrag der Vereinten Nationen geschehen?

DRENCKHAHN: Auf jeden Fall, denn die Inwertsetzung von Dienstleistungen der Natur durch diese Studie eröffnet eine neue Sichtweise auf die Dinge. Die Wissenschaftler beziffern die Leistungen der Natur mit jährlich mehreren Trillionen Dollar. Bei der forstlichen Nutzung von Wäldern lässt sich das ziemlich genau berechnen, ebenfalls bei der Fischerei und der Nutzung der Meere. Diese Zahlen sollen deutlich machen, dass der Erhalt der Natur eine sehr lukrative Investition ist.

Was bringen Konferenzen wie jetzt in Nagoya?

DRENCKHAHN: Das Problem bei den internationalen Verhandlungen ist, dass immer der Langsamste das Tempo vorgibt. Trotzdem gibt es zu den Verhandlungen keine Alternative. Wir müssen einen Weg finden, Ländern mit den größten Naturschätzen Ausgleichszahlungen zu leisten, beispielsweise für den Erhalt von Regenwäldern. Nur so wird sich dort auch ein Interesse entwickeln, die Vielfalt zu bewahren. Japan hat gerade auf der Konferenz erklärt, dass es zwei Milliarden Dollar für solche Projekte bereitstellen will.

Was sollte passieren? Was müsste die Politik tun?

DRENCKHAHN: Es ist an der Zeit, endlich ein gemeinsames Programm zum Thema biologische Vielfalt und Klimawandel in Angriff zu nehmen und verbindlich zu beschließen. Es geht nicht nur um mehr Geld für den Naturschutz, sondern auch darum, schädliche Subventionen zu streichen. Der WWF verweist darauf, dass weltweit Jahr für Jahr 670 Milliarden Euro an Staatshilfen in Branchen – wie die intensive Landwirtschaft – fließen, die wesentlichen Anteil an der Zerstörung der Natur haben. Diese fatale Fehlentwicklung muss gestoppt und die Vergabe der Mittel an ökologische Kriterien geknüpft werden. Nur so lassen sich nachhaltige Wirtschaftsweisen fördern und die Leistungen der Natur für die Menschheit sichern.

Leserforum

Ihre Briefe bitte an: E-Mail: leserbriefe@mainpost.de; Fax: (0931) 6001-346, Postanschrift: Redaktion Leserbrief, Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Regenerative Energie ohne Alternative

Zu „Höhere Strompreise und Erneuerbare-Energien-Gesetz“:

Jetzt wird das Geschrei groß sein, nachdem veröffentlicht wurde, dass durch regenerative Energien die Strompreise massiv steigen werden. Ist das wirklich so? Seriöse Gutachten, die nicht von der Energielobby finanziert werden, zeigen: Teurer wird der Strom, aber nicht in dem Maße, wie uns das die Herrscher im Monopolmarkt Energie weismachen wollen. Allerdings ist es auch naiv zu glauben, dass für Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken und Atomstrom den Bürgern keine zusätzlichen fi-

nanziellen Belastungen aufgebürdet werden. Von den zukünftigen Umweltverschmutzungen ganz abgesehen, wer bezahlt denn die Sanierung der Asse, die Erkundung von Gorkleben oder die Arbeiten an Schacht Konrad? Über diese Kosten wird bewusst geschwiegen. Auch künftige Umweltkatastrophen durch die Erderwärmung werden zu höheren Schäden und zwangsläufig höheren Versicherungsprämien führen. Der notwendige Ausbau der regenerativen Energien wird Geld kosten, aber eine Alternative dazu gibt es eben nicht. Jörg Rath, 97337 Dettelbach

Zur anhaltenden Integrationsdebatte in Deutschland:

Das Abendland, und damit auch Deutschland, sind über Jahrhunderte hinweg ausschließlich christlich geprägt. So war es bisher, und niemand hat daran einen anderen Gedanken verschwendet. Neu ist seit kurzer Zeit, dass Deutschland nunmehr auch jüdisch geprägt ist. Dagegen wehre ich mich. Ich bin nicht jüdisch geprägt und will es auch nicht sein.

Jetzt kommt noch obendrein weiter hinzu, so wie sich der Bundespräsident kürzlich geäußert hat, dass

auch der Islam ein Teil Deutschlands ist und hier Wurzeln schlagen kann. Irgendwann sind wir dann christlich, jüdisch, islamistisch geprägt. Ein Gedanke, mit dem ich mich nicht abfinden mag und auch nicht will. Ich will in einem Land leben, das christlich geprägt ist und auch weiterhin bleibt. Die anderen Religionen sind nun einmal da, und ich muss sie akzeptieren. Mehr aber auch nicht. Deutschland, Abendland, was ist nur aus dir geworden?

Franz Fluhr, 97084 Würzburg

Auf den Leim gegangen

Zu „Rauchen für die Wirtschaft“ (26.10.):

Kann man als gewissenhafter Staatsbürger jetzt noch mit dem Rauchen aufhören, oder muss man nicht gar darüber nachdenken das Rauchen wieder salonfähig zu machen?

Nach Jahren in denen sich ein Raucher geradezu als ein krankes Tier hat fühlen müssen, dass der Herde mehr schadet als nützt, kann man sich doch nun wieder mit Stolz, unter dem Verweis des eigenen Nutzens für die Gesellschaft, gestrost eine Zigarette schmecken lassen. Nicht, weil man durch ein vorzeitiges und

selbstfinanziertes Ableben die Rentenkasse schont – nein, man leistet nunmehr einen erheblichen Anteil bei der Rettung der Erde vor dem Klimawandel.

Letztlich zeigt sich auch hier: Ohne Moos nix los, sodass man Abstriche bei Moral und dem gesunden Menschenverstand machen muss. Übrig bleibt nur ein Kopfschütteln und die Erkenntnis, wieder einmal unseren Politikern auf den Leim gegangen zu sein.

Frank Nusser, 97340 Marktbreit